

NRW-Wahl:

Politikwechsel ist der Wählerauftrag vom 9. Mai

von Marc Herter



⇒ Marc Herter, MdL ist stellvertretender Landesvorsitzender und Mitglied der Sondierungskommission der NRW SPD

Foto: privat

9. Mai | 21:15 Uhr – hätte man ein Fußballspiel vor dem Fernseher geschaut, hätte spätestens jetzt der Schlachtruf „Abpfeifen – das passt!“ gelaftet: 91 Mandate für Rot-Grün waren da auf der Anzeigetafel zu lesen. Einige sagten später: „Wir nehmen das Ergebnis aus dem ZDF.“ – Hier hatte die Hochrechnung noch etwas länger einen Durchbruch für den Politikwechsel angezeigt. Der Rest ist bekannt: Am Ende war es mit 90 Stimmen genau eine Stimme zu wenig – der Wähler hatte wiederum eine knifflige Aufgabe für die Regierungsbildung gestellt.

Also doch nur ein gefühlter Sieg, wie konservative Medien gerne behaupten, um dann gleich den geradezu naturwüchsigen Führungsanspruch der CDU zu proklamieren? Richtig ist: Die CDU liegt vor der SPD – mit exakt 5.882 Stimmen oder 0,1 %. Richtig ist aber auch: Rot-Grün hat 400.000 Stimmen mehr als Schwarz-Gelb gewonnen und wenn die zitierten bürgerlichen Medien nicht auf die nachgerade absurde Idee kommen, die 400.000 Stimmen der Partei Die Linke auf das Konto der CDU-FDP-Koalition zu buchen, dann hat in NRW der Politikwechsel geradezu erdrutschartig gesiegt. Übrigens mit allen politischen Inhalten, die die drei Oppo-

sitionsparteien in unterschiedlicher Intonierung gleichermaßen ins Feld geführt haben: Gerechte Bildungschancen durch längeres gemeinsames Lernen und die Abschaffung von Gebühren, Gute Arbeit durch eine klare Re-Regulierung des Arbeitsmarktes und den konsequenten Einstieg in eine ökologische Industriepolitik und eine Stärkung der kommunalen Gestaltungskraft durch eine bessere Finanzausstattung und die Reform des Gemeindefinanzrechts.

Damit war auch für die NRWSPD klar: Die voraussehbar schwierigen Sondierungen der möglichen Koalitionsoptionen würden nur auf der Grundlage eines konsequenten Politikwechsels stattfinden können, würde man den Wählerwillen nicht komplett verbiegen wollen. Folgerichtig waren Bündnis 90/Die Grünen der erste Gesprächspartner und ebenso konsequent eine mögliche Dreierkonstellation unter Einschluss entweder der Partei Die Linke oder der FDP die konkrete Machtoption. Während die FDP zunächst keinen Ausweg aus der babylonischen Gefangenschaft der engen Bindung an die CDU finden konnte oder wollte, kam die Rot-Grün-Rote Sondierung schnell zu Stande. Ebenso schnell war sie vorbei. Und Nein! Grund war nicht etwa das Verhältnis der NRW-Linken zur DDR oder zur Stasi, wobei die Haltungen der Westlinken in NRW hier um vieles skurriler ausfallen, als die der Ost-Landesverbände. Vielmehr wollte sich die Parteispitze der NRW-Linken vorbehalten, auch gegen vereinbarte – sei es im Koalitionsvertrag oder im Koalitionsausschuss – Regierungspolitik als Partei den sozialen Protest zu mobilisieren. Kurzum: Man wollte Regierung und Opposition gleichzeitig sein. Nun muss keine Partei ihre Programmatik an der Garde-

robe einer Koalition abgeben, aber bei Kompromissen, die immer allen Beteiligten ein Geben und Nehmen abverlangen, gilt es für alle Partner, diese solidarisch zu tragen. Alle inhaltlichen Schnittmengen finden da ihre Grenze, wo es nicht gelingt, sie in eine konstruktive Gestaltungsmehrheit umzusetzen. Auch für die Bundestagswahl 2013 wäre ein solches zwangsläufiges Scheitern in NRW ein vorzeitiges Verbrennen einer Option gewesen, woran niemandem gelegen sein kann.

Die Geschichte der Gespräche mit der CDU und der – sich in heftigem innerparteilichen Streit an den Verhandlungstisch geschleppten – FDP ist vergleichsweise schnell erzählt: Beide wollen einen Politikwechsel in NRW nicht mittragen. Im Kern hat die CDU nicht begriffen, dass sie die Wahl – auch – wegen ihrer Rückständigkeit in wichtigen landespolitischen Fragen verloren hat und auch die NRWSPD ist gut beraten, nun nicht in einer großen Koalition die programmatische Modernisierungstransfusion an die orientierungslose NRWCDU zu legen. Für die FDP war es sichtbar schon ein großer Schritt an den Verhandlungstisch zu kommen – der zweite war zurzeit offenbar zu groß: Abschied zu nehmen von ihrem neoliberalen Mantra „Privat vor Staat“.

So sind alle Koalitionsoptionen sondiert: Die einen (PDL) sind in NRW nicht koalitionsfähig, die anderen (CDU) nicht koalitionswillig – solange es um einen echten Politikwechsel geht – und die dritten (FDP) erweisen sich zurzeit als nicht koalitionsbereit. Eine stabile Regierungsmehrheit für den Politikwechsel jedenfalls ist im NRW-Landtag nicht erkennbar. Minderheitsregierung! rufen da viele und in der Tat: Die Minderheitsregierung ist eine Option, den Politikwechsel in NRW umzusetzen und am Ende gestärkt in Neuwahlen zu gehen. Das setzt vor allem voraus, dass sie nicht in den Ruch kommt, nur zur Erlangung von Pöstchen und Dienstwagen zu dienen. Maßstab muss auch hier klar erkennbar der

inhaltliche Politikwechsel bleiben – für die Menschen im Lande dürfte dabei entscheidend sein: Eine Minderheitsregierung braucht man, um über die NRW-Stimmen im Bundesrat das Sparpaket und die Laufzeitverlängerung der AKW zu verhindern.

So wie es für die NRWSPD über den gesamten Prozess seit dem 9. Mai nicht darum gegangen ist, sich in eine Koalition zu flüchten, geht es auch heute nicht darum, mangels Koalition Hals-über-Kopf in eine Minderheitsregierung zu stolpern. Die Glaubwürdigkeit und selbstsichere Gelassenheit, die Inhalte eines Politikwechsels zum Maßstab zu nehmen und deswegen in den letzten vier Wochen immer wieder scheinbar „bequeme“ Wege zur Macht ausgeschlossen zu haben, sie zeichnet das bisherige Vorgehen aus und hat dazu geführt, dass die NRWSPD nicht nur zusammen geblieben ist, sondern auch neues Vertrauen in die alte Rau-Formel: „Wir sagen, was wir tun, und wir tun, was wir sagen“ innerhalb und außerhalb der SPD gewachsen ist. So gibt es genug Eckpunkte des Politikwechsels, die jetzt schon aus der Mitte des Landtages umgesetzt werden können: Vom Ausstieg aus den Studiengebühren bis zum Tariftreuegesetz, von der Opel-Bürgschaft bis zum Gemeindefinanzierungsrecht. Der Unterschied zu Hessen liegt auf der Hand: Rot-Grün hat 10 Stimmen mehr als Schwarz-Gelb, nicht 2 Stimmen weniger.

Hannelore Kraft fasst es dieser Tage in die Liedzeile:

„Wir müssen geduldig sein, dann dauert es nicht mehr lang.“

An einer anderen Stelle des gleichen Liedes heißt es:

„sind zur rechten Zeit am rechten Ort“

– genau um dieses Timing geht es für die weiteren Schritte. ■